

**Unterbringung von psychisch kranken  
wohnungslosen Frauen und Männern im  
städtischen Sofortunterbringungssystem  
im Notquartier Implerstraße  
Schaffung einer Clearing-Einrichtung für  
psychisch kranke wohnungslose Frauen und  
Männer**

Produkt 4.1.4 Vorübergehende Unterbringung und  
ambulante Hilfen für akut Wohnungslose  
und Produkt 4.1.5.1 Mittel- und längerfristige  
Wohnformen der freien Träger

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00584**

**Beschluss des Sozialausschusses vom 18.09.2014 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag der Referentin**

**1. Ausgangslage**

Seit 2008 steigt in der Landeshauptstadt München die Zahl der Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Gründe, wohnungslos werden. Akut handelt es sich um 4.396 (Stand Juni 2014) Personen. Das Klientel hat sich in den letzten Jahren in seiner Zusammensetzung teilweise erheblich verändert. Insbesondere aufgrund des Zuzugs nach München ist der Anteil von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern deutlich gestiegen. Gestiegen ist aber auch der Teil des Klientels, bei dem gleichzeitig eine psychische Erkrankung und ein komplexer sozialer Hilfebedarf vorliegt. Die Weitervermittlung dieses Teils des Klientels erweist sich als außerordentlich schwierig. Einerseits ist ihre Mitwirkung, inklusive ihrer Krankheitseinsicht, häufig nicht - ausreichend - gegeben. Zudem fehlt es derzeit an Anschlussoptionen zur Vermittlung in niedrighschwellige Einrichtungen und Wohnplätze der Verbände bzw. des psychiatrischen Hilfesystems. Im Sofortunterbringungssystem der Landeshauptstadt ist dieses Klientel aber falsch untergebracht. Schon seit längerem drängen die vor Ort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine Entlastung dieser, sowohl für das Klientel als auch für das Personal, zunehmend schwierigen Situation.

Zum einen werden die psychisch kranken Wohnungslosen in psychiatrischen Kliniken oft unzureichend versorgt. Die Patientinnen und Patienten der Psychiatrie verbleiben zum Teil unverhältnismäßig lange in stationärer Behandlung.

Eine zunehmende Hospitalisierung erschwert dann zusätzlich die Entlassungsvorbereitungen. Zum anderen erhöht der wirtschaftliche Druck des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) die Wahrscheinlichkeit einer Heimverlegung („Oberlandverschickung“). Diese problematische Situation entsteht auch dadurch, dass in München zu wenige stationäre Plätze für chronisch psychisch erkrankte Menschen vorgehalten werden.

Die Folge ist zu oft eine ungeordnete Entlassung in die städtische Wohnungslosenhilfe mit dem Risiko einer baldigen Wiederaufnahme, einer ineffektiven „Drehtürpsychiatrie“.

Gleichzeitig werden Patientinnen und Patienten zum Teil wegen fehlender Behandlungsbereitschaft unbehandelt oder sehr schnell wieder entlassen. Auch diese Praxis verursacht große Probleme für die anschließende, nicht ausreichend vorbereitete Unterbringung im Sofortunterbringungssystem der Wohnungslosenhilfe in der Landeshauptstadt München.

Das bundesweit anerkannte Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe in München ist durch intensive Zusammenarbeit, gemeinsame Zielsetzungen und konzeptionelle Priorisierungen mit den freien Verbänden und den Fachverbänden der Wohnungslosenhilfe entstanden, ebenso wurde eine gute fachärztliche Versorgung von wohnungslosen und psychisch kranken Menschen in München aus dem Zusammenwirken der öffentlichen und freien Träger geschaffen.

Es ist zur Realität geworden, dass die städtische wie die verbandliche Wohnungslosenhilfe mehr oder weniger zum prekären Lebensraum für aus psychischen Gründen Hilfsbedürftige bzw. Hilfesuchende wurde. Dies zeigt sich unter anderem bei den Belegungen in den wenigen zur Verfügung stehenden Einzelzimmern, die für psychisch und/oder körperlich kranke Wohnungslose in den Notquartieren und Beherbergungsbetrieben genutzt werden können. Die Nachfrage nach Einzelzimmern als erhofftem Rückzugs- bzw. Schutzraum ist sehr hoch.

Neben problematischen Entlassungen aus der Psychiatrie besteht aber auch ein Hilfebedarf bei einem größeren Teil von Wohnungslosen, die sich entweder nur in ambulanter Behandlung befinden oder bei bislang noch nicht diagnostizierter Erkrankung unbehandelt sind. Diese werden in einem erheblichen Teil im Rahmen von Wünschen nach einer Einzelzimmer-Unterbringung erfasst.

Frauen haben unter den bestehenden Rahmenbedingungen der Akutunterbringung im System der Wohnungslosenhilfe besonders zu leiden. Erfahrungen aus der Praxis haben gezeigt, dass Frauen in der beschriebenen Lebenslage besonderen Schutz brauchen, da sie mit gewalttätigen, besonders häufig sexuellen Übergriffen konfrontiert sind. Sie werden zu oft in Beherbergungsbetrieben untergebracht, wo sie oftmals keinen geschützten Rahmen haben. Das Konzept Implerstraße soll insbesondere den Frauen bereits ab Aufnahme und während der Clearingphase mehr Schutz geben.

Wohnungslose Patientinnen und Patienten werden als so genannte „Sektor-O-PatientInnen“ aus der Klinik entlassen, wenn Sie keine Wohnung (mehr) haben; sie werden dann im Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration vorstellig und erhalten von der Bettenzentrale ein Bett in einer Einrichtung im Stadtgebiet, die ein Bett frei hat. Die Zuweisung für einen Bettplatz kann sich nur an den zur Verfügung stehenden Plätzen orientieren.

Zwischen der verbandlichen Wohnungslosenhilfe und der für die psychiatrische Versorgung zuständigen Kliniken gibt es inzwischen eine Kooperationsvereinbarung zur Verbesserung der Überleitung aus den Kliniken in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Die Umsetzung der kürzlich abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung ist noch im Aufbau.

Die Clearingeinrichtung im Notquartier Implerstraße, die nachfolgend beschrieben wird, ergänzt die „Brückenteams“. In regional zuständigen Brückenteams treffen sich regelmäßig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Klinik, Bezirkssozialverwaltung und regionalem Sozialpsychiatrischen Dienst, um mögliche Überleitungen in geeignete Einrichtungen der Verbände beziehungsweise des Bezirks Oberbayern zu organisieren.

Die Einrichtung der Clearingstelle im Notquartier Implerstraße ermöglicht es, dass Menschen, die nicht direkt aus einer Klinik entlassen werden, sondern im Amt für Wohnen und Migration vorstellig werden, über die Bettenzentrale – nach Prüfung durch den Fachbereich Wohnen - gezielt in das Notquartier Implerstraße mit seinem Fachpersonal und der Möglichkeit des Clearings vermittelt werden.

Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration bereitet derzeit eine Fachkonferenz zur Weiterentwicklung der konzeptionellen Arbeit vor. An dieser werden neben den Verbänden auch Vertreterinnen und Vertreter des Bezirks Oberbayern und der psychiatrischen Kliniken beteiligt sein.

## **2. Konzeptidee:**

Um die Arbeits- und Unterbringungssituation zu verbessern, ist dringend in zumindest einem städtischen Notquartier sozialpsychiatrisch ausgebildetes Fachpersonal einzusetzen. Hierfür ist das Notquartier in der Implertstraße vorgesehen. Zudem muss dringend eine Verbesserung der Zuweisungspraxis innerhalb des Systems der Wohnungslosenhilfe erreicht werden.

Bei der vorgelegten Konzeptidee sollen Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen und Hilfebedarf in unterschiedlicher Ausprägung (von sehr geringem bis zu komplexem Hilfebedarf) aus den städtischen Notquartieren und Beherbergungsbetrieben in einem Clearingverfahren passgenaue und qualifizierte Hilfe- und Weitervermittlungsangebote erhalten. Es ist eine enge Zusammenarbeit mit der Bezirkssozialarbeit (BSA) des Fachbereichs Betreuung der Zentralen Wohnungslosenhilfe vorgesehen.

Mit dieser Konzeptidee

- soll sowohl für psychisch kranke Männer als auch insbesondere für psychisch kranke Frauen mehr Schutz vor gewalttätigen Übergriffen in der Einrichtung selbst gewährt werden können (anwesendes Fachpersonal).
- sollen Patientinnen und Patienten je nach Ausprägung und Art ihrer Erkrankung fachgerecht von psychiatrisch geschulten Fachkräften betreut werden. Im Clearing soll die im Einzelfall geeignete Unterbringungsmöglichkeit/Wohnform eruiert und zielgerichtet eingeleitet werden.
- soll die Entlastung des Sofortunterbringungssystems (Notquartiere und Beherbergungsbetriebe) und damit des dortigen Personals erreicht werden.

Durch eine qualifizierte Clearings- und Vermittlungsarbeit soll der „Drehtüreffekt“ verhindert (Entlassung aus der Klinik, mangelnde bzw. inadäquate Versorgung, Krise, erneute Einweisung in eine psychiatrische Klinik) werden.

Die Zielsetzung einer schnellen passenden Weitervermittlung im Bereich der Wohnungslosenhilfe oder des psychiatrischen Versorgungssystems der Verbände wird als höchst dringlich angesehen. Für einen Teil der Klientinnen und Klienten werden betreuungsintensive Einrichtungen mit den jeweiligen Standards erforderlich und unverzichtbar sein. Für Patientinnen und Patienten mit weniger schweren psychischen Erkrankungen kann nach dem vorangegangenen Clearing des psychiatrischen Facharztes und bei entsprechenden Rahmenbedingungen durchaus ein selbständiges Leben möglich sein.

### **3. Abschätzung des quantitativen Bedarfs**

- Für Entlassungen aus dem psychiatrischen Krankenhaus in die verbandlichen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe gibt es eine Kooperationsvereinbarung, deren Umsetzung in die Praxis aber noch am Anfang steht. Aus Sicht der psychiatrischen Praxis, untergebracht in den Räumen des städtischen Unterkunftsheimes in der Pilgersheimer Straße, sind unvorbereitete Entlassungen immer noch eher die Regel als eine Ausnahme. Ausgehend davon, dass in dieser städtisch geförderten psychiatrischen Praxis für wohnungslose Menschen sicher nicht alle Fälle bekannt werden, ist (sehr zurückhaltend geschätzt) von zumindest einem Fall pro Tag auszugehen.
- Die Zunahme der Patientenzahl in der städtischen psychiatrischen Praxis für wohnungslose Menschen von früher ca. 50 pro Quartal auf mittlerweile über 200 pro Quartal unterstreicht, dass durchaus Nachfrage besteht für niedrigschwellige Hilfen, wie die hier vorgestellte Clearingeinrichtung.
- Seit Anfang 2013 wurden mittlerweile bereits ca. 500 Überprüfungen wegen eines Einzelzimmer-Begehrens aufgrund psychischer Belastungen durchgeführt.

#### **Kurzfristige Ziele der Umstrukturierung**

- Soweit Platzressourcen vorhanden sind, werden Menschen mit erkennbar psychischen Problemen dort eingewiesen.
- Clearingfunktion mit ggf. schneller Vermittlung in geeignete Einrichtungen, zielgenauere Unterbringung im Vergleich zu bisherigem Verfahren durch Bündelung von Fachkompetenz in einem Haus
- Unterstützung der ggf. notwendigen Behandlung und Stabilisierung von Patientinnen und Patienten
- Vorbereitung einer geregelten Weiterbehandlung und Vermeiden von Behandlungsabbrüchen

#### **Langfristige Ziele der Umstrukturierung**

- Vermittlung in langfristiges Wohnen/verschiedene adäquate Wohnformen
- Schnellstmögliche Vermittlung von psychisch kranken Frauen in eine adäquate sichere Wohnform, in intensiv betreute Übergangseinrichtungen, Wohngruppen, Unterstütztes Wohnen und Betreutes Einzelwohnen oder Langzeiteinrichtungen der Verbände, insbesondere diejenigen, die Einrichtungen für Frauen anbieten, wie der Sozialdienst katholischer Frauen und das Evangelisches Hilfswerk/Abteilung Wohnungslosenhilfe für Frauen
- Kostenersparnis durch Umstrukturierung einer bereits vorhandenen Einrichtung und durch Vermeidung einer „Drehtürpsychiatrie“
- Vielfältige Strukturen und Erfahrungen mit dem beschriebenen Personenkreis bestehen im Bereich der Wohnungslosenhilfe bereits.

Die freien Träger bieten hier ein differenziertes und breit gefächertes Angebot. Es werden adäquate Hilfen für ältere und vorgealterte Menschen angeboten sowie spezielle Hilfen für suchtkranke und psychisch kranke Menschen. Im niedrigschwelligen Bereich der freien Träger werden Menschen mit schwierigsten Problemstellungen beraten und unterstützt.

Die Einrichtungen sind mit multiprofessionellen Teams ausgestattet.

### **Zielgruppe**

- Wohnungslose Klientinnen und Klienten mit psychiatrischen Erkrankungen (Psychosen, affektive Störungen, Anpassungsstörungen, Persönlichkeitsstörungen); häufig mit Doppel- und Mehrfachdiagnosen (Suchtproblem, soziale Problematik); diese Klientinnen und Klienten sind entweder bereits im städtischen Notunterbringungssystem untergebracht oder es steht ihre Entlassung aus einer psychiatrischen Klinik an; der bisherige Wohnsitz/Lebensmittelpunkt in München ist Bedingung.
- Ein Teil der Klientel befand sich bereits in stationärer psychiatrischer Behandlung und wurde mehr oder weniger unvorbereitet entlassen. Ein anderer Teil der Klientel befand sich noch nicht in stationärer Behandlung und lehnt evtl. unter anderem aus Angst vor Stigmatisierung eine entsprechende Behandlung bislang ab.
- Durch die Verschlimmerung bzw. Chronifizierung der psychiatrischen Erkrankung resultiert ein zunehmender sozialer Abstieg mit drohender oder bereits eingetretener Wohnungslosigkeit oder eine soziale Notlage, wie z.B. Wohnungsverlust, droht in eine psychiatrische Erkrankung zu führen.
- Kooperationsbereitschaft und Akzeptanz von klaren Hausregeln sind unabdingbar (insbesondere keine Gewalt(-androhung), kein Drogen- oder übermäßiger Alkoholkonsum)

Eine Konzentration aller schwierigen Fälle mit psychiatrischen oder Mehrfachproblematiken wird dadurch ausgeschlossen.

### **Platzzahl/Raumbedarf**

Von der Größe und den baulichen Gegebenheiten ist das Notquartier in der Implersstraße 51 gut geeignet. Es erfolgt eine sukzessive Belegung in dem bereits vorhandenen Notquartier Implersstraße 51 mit geeigneten Räumlichkeiten für Doppelzimmer, beginnend mit 20 Klientinnen und Klienten und geplanter Erweiterung auf 40 Plätze; Die benötigten Räumlichkeiten für ein Krisenzimmer sowie einen größeren Raum für Gruppenangebote sind bereits vorhanden.

### **Leistungen/Konzept**

- Clearingfunktion durch Betreuung und Vermittlung mit 3 psychiatrisch geschulten Fachkräften und Sozialpädagoginnen bzw. Sozialpädagogen gemäß der vom Stadtrat in März 2014 beschlossenen Neuausrichtung der Unterstützung, Begleitung und Nachsorge von wohnungslosen Haushalten mit einem Fallzahl-Schlüssel von 1:25 Haushalten;
- Geplante Verweildauer sind durchschnittlich 6 Monate
- Unterbringung in Doppelzimmern; Gruppenangebote im Aufenthaltsraum und Versorgung in akuten Krisensituationen im Krisenzimmer;
- Vermittlung von Hilfe-/Behandlungsmaßnahmen
- schnelle, gezielte Weitervermittlung in geeignete (betreute wie unbetreute) Einrichtungen sowie in langfristige Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe/der Psychiatrie; in eigenen Wohnraum)
- Unter Anleitung auch gezielt die vorhandenen Kompetenzen Betroffener nutzen zur Realisierung einer milieutherapeutischen Gemeinschaft mit Verantwortungsübernahme für sich selbst und andere
- Einbeziehung von Ehrenamtlichen, MAW-Kräften u.ä.

### **Umsetzung**

Das Konzept soll im Sinne eines „lernenden Systems“ evaluiert und fortgeschrieben werden. Die Evaluation wird gesondert beantragt.

Die Umsetzung kann aus den vorgenannten Gründen schnell erfolgen und soll möglichst Kosten schonend und unter Einbeziehung bereits bestehender Hilfsangebote erfolgen.

Die räumliche Nähe zur psychiatrischen Praxis in der Pilgersheimer Straße erleichtert festgelegte Anwesenheiten des Psychiaters der Wohnungslosenhilfe vor Ort für Absprachen, Planungen etc. In Krisensituationen kann der Arzt schnell vor Ort sein.

Die Belegung mit psychisch kranken Klientinnen und Klienten kann Zug um Zug umgesetzt werden, ohne die prinzipielle Unterbringungsfunktion des Notquartiers (NQ) zu beeinträchtigen und ohne eine grundlegende Nutzungsänderung zu erfordern.

In den städtischen Notquartieren verfügt das vorhandene Personal nicht über eine sozialpsychiatrische Fachausbildung. Im Notquartier Implerstraße soll die genannte Gruppe von Klientinnen und Klienten je nach Ausprägung und Art ihrer Erkrankung fachgerecht betreut werden und in einem Clearingverfahren die im Einzelfall geeignete Unterbringungsmöglichkeit eruiert und dann zielgerichtet eingeleitet werden. Der Einsatz der psychiatrisch ausgebildeten weiblichen und männlichen Fachkräfte für dieses akut wohnungslose Klientel im Sofortunterbringungssystem ist hier als Verstärkung der bereits vorhandenen Personalausstattung in einem städtischen Notquartier gedacht. Geeignete Fachkräfte bringen entweder eine abgeschlossene Fachpflege-

Ausbildung mit einer zusätzlichen Weiterbildung in psychiatrischer Pflege mit oder sie haben ein Studium der Sozialpädagogik mit dem Bachelor-Abschluss absolviert. Die sozialpsychiatrisch ausgebildeten Fachkräfte sollen den städtischen Facharzt für Psychiatrie des Amtes für Wohnen und Migration unterstützen und den Verlauf und die Weitervermittlung aus dem Notquartier unterstützen und begleiten.

Die Belegung erfolgt getrennt nach Frauen und Männern in unterschiedlichen Stockwerken. Die Beratung und Betreuung der Frauen erfolgt möglichst durch eine weibliche psychiatrisch ausgebildete Fachkraft.

Die Konzeption für die Clearingeinrichtung im Notquartier Implersstraße wird im Rahmen einer externen Evaluation ab Beginn des Projektes im Zeitraum eines Jahres überprüft und gegebenenfalls gemäß den Erfahrungen in der Praxis fortgeschrieben. Dabei wird insbesondere auch betrachtet werden, ob sich der geschlechtergemischte Ansatz der Einrichtung bewähren wird oder Änderungen notwendig werden.

Die Evaluation wird von Prof. Dr. med. Bäuml, Klinikum rechts der Isar der TU München, durchgeführt. Dabei sollen auch planerische, psychiatriepolitische Erkenntnisse gewonnen und Erfordernisse der Schnittstelle Wohnungslosenhilfe und Psychiatrie erforscht werden. Die erforderlichen Mittel zur Finanzierung werden in einem gesonderten Beschluss beantragt.

Die Zusammenarbeit findet in multiprofessioneller Teamarbeit statt (Facharzt, Hauspersonal/Verwaltung, psychiatrische Fachkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen der Bezirkssozialarbeit (BSA), Sicherheitspersonal).

#### **4. Personal- und Sachkosten**

##### **4.1 Städtisch finanzierte Personal- und Sachkosten**

Bereits vorhandenes Personal:

- 1 Facharzt für Psychiatrie, bereits angestellt bei der Landeshauptstadt München, Amt für Wohnen u. Migration, Soziale Wohnraumförderung/Wohnungslosenhilfe; der Facharzt hat die Funktion der medizinisch-fachlichen Leitung und als solche die Fachaufsicht für das psychiatrische Pflegepersonal.
- 1 Stelle Bezirkssozialarbeit bei der zentralen Wohnungslosenhilfe, Fachbereich Betreuung im Amt für Wohnen und Migration
- Hausverwaltung: 1 Hausleiter; dieser hat die Verantwortung für alle organisatorischen und verwaltungstechnischen Angelegenheiten in der Einrichtung; in dieser Funktion übt er die Dienst- und Fachaufsicht über das Haus- und Sicherheitspersonal und den Hausmeister aus; er trägt die Verantwortung für die organisatorischen und verwaltungstechnischen Angelegenheiten. Die Hausverwaltung bleibt, wie bisher, bei der Abteilung Soziale Wohnraumversorgung im Amt für Wohnen und Migration angesiedelt.



Benötigtes zusätzliches Personal:

- Die vorhandene Hausleitung (Hausverwalter) und die Hausmeisterstelle wird jeweils um eine Stelle aufgestockt, da die Fluktuation im Haus sich bei dem geplanten Vorgehen deutlich erhöhen wird. Dies führt zu einer massiven Mehrbelastung von Hausverwaltung und Hausmeister; d. h.  
1 Stelle Hausverwaltung, Entgeltgruppe E9 (Jahresmittelbetrag 63.500,-- Euro);  
1 Stelle Hausmeister, Entgeltgruppe E4 (Jahresmittelbetrag 46.450,-- Euro);

#### **4.2 Zuschussfinanzierung für den freien Träger als Anstellungsträger der psychiatrischen Fachkräfte**

Diese sind beim „kbo-Sozialpsychiatrischen Zentrum gGmbH“ (SPZ) angestellt. Das kbo-Sozialpsychiatrische Zentrum ist eine Tochtergesellschaft der Kliniken des Bezirks Oberbayern (kbo).

Seit Anfang 2007 arbeiten die Kliniken des Bezirks Oberbayern – kbo – unter dem Dach eines kommunalen Unternehmens zusammen. kbo ist ein Verbund von Kliniken und ambulanten Einrichtungen für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Neurologie und Sozialpädiatrie. Diese Leistungen bietet kbo stationär, teilstationär und ambulant an.

Mit der Ausgründung in eine gemeinnützige GmbH und dem Anschluss an den PARTÄTISCHEN wurde 2008 die rechtliche und organisatorische Trennung vom kbo-Klinikum München – Ost vollzogen. Das SPZ ist damit ein eigenständiger Träger mit derzeit circa 5.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Zwischen diesem freien Träger und der Landeshauptstadt München/Sozialreferat wird ein Zuschussvertrag die Personal- und Sachkosten betreffend geschlossen.

Die psychiatrisch ausgebildeten Fachkräfte sind dienstrechtlich dem SPZ unterstellt. Der freie Träger SPZ delegiert Weisungsbefugnisse an den städtischen Psychiater, wie z.B. die Regelung der Arbeitszeit, der Schichteinteilung, die Aufsicht über die Einhaltung der fachlichen Standards in der täglichen Arbeit usw.

Die fachlichen Entscheidungen im Dienstbetrieb liegen beim städtischen Psychiater. Die dienstrechtliche Verantwortung insgesamt hat das SPZ.

Personalkosten:

- 3 psychiatrisch ausgebildete Fachkräfte sind beim Träger Sozialpsychiatrisches Zentrum gGmbH eingewertet gemäß TVöD SuE Gruppe 12. Je nach Berufserfahrung werden die Fachkräfte in verschiedene Stufen eingeordnet.
    - Zum Gelingen der Abläufe (Früh- und Abendschicht) sind die Stellen mit zwei Fachkräften, die viele Jahre Berufserfahrung mitbringen, und einer Fachkraft ohne bzw. mit wenig Erfahrung zu besetzen.
    - Eingruppierungen nach TVöD SuE:
      - Mitarbeiterin/Mitarbeiter mit bis zu 2jähriger Berufserfahrung:  
Entgeltgruppe 12, Stufe 2, rund 51.000,- Euro
      - Mitarbeiterin/Mitarbeiter mit bis zu 4jähriger Berufserfahrung:  
Entgeltgruppe 12, Stufe 4, rund 60.000,- Euro
      - Mitarbeiterin/Mitarbeiter mit bis zu 6 Jahren Berufserfahrung:  
Entgeltgruppe 12, Stufe 6, rund 66.000,- Euro
- Die aufgeführten Beträge enthalten alle anfallenden Arbeitgeber-Anteile inklusive Sonderzahlungen.

Sachkosten: ca. 3.500 Euro

(verschießbarer Schrank für Patientenberichte, Medikamente etc.; Vielzweckwagen, Personalhandy);

Personalkosten gesamt:	177.000,- Euro
Sachkosten gesamt:	3.500,-- Euro (einmalig in 2014)

## **5. Finanzierung, Produkt 4.1.5**

Die Finanzierung erfolgt aus dem Finanzmittelbestand der Stadtkämmerei.

## 6. Kosten

	dauerhaft	Einmalig ab 10/2014	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten *</b>	296.730,-- €	34.672,-- €	
davon:			
Personalauszahlungen	109.950. --€	27.487,-- €	
Sachauszahlungen	(Arbeitsplatzkosten) 1.600,-- €	(Arbeitsplatzkosten) 400,-- € (IT-Kosten lfd.) 2.045,-- € (Erstausstattung) 4.740,-- €	
Transferauszahlungen	177.000,-€	(nachrichtlich: 44.250,-- € 3.500,-- €)	,--
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente:	5	5	
davon neue Stellen Träger (VZÄ):	3	3	
Nachrichtlich Investition			

\* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten und Rückstellungen u. a. für Pensionen) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entstehen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 50 Prozent des Jahresmittelbetrages.

\*\* ohne IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services „Arbeitsplatzdienste“ und „Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtrags Haushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt. Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.

## 7. Eilbedürftigkeit

Hinsichtlich der geplanten Neuausrichtung des Notquartiers Implerstraße als Clearing-einrichtung für psychisch kranke wohnungslose Frauen und Männer ab Oktober 2014 ist der Bedarf an personeller Ausstattung notwendig und dringend gegeben. Eine sofortige Beschlussbehandlung in der nächsten Vollversammlung ist aus den dargelegten Gründen erforderlich.

## Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Stadtkämmerei nimmt zur Vorlage wie folgt Stellung:

„Es ist keine originäre Aufgabe der Landeshauptstadt München Wohnformen speziell für psychisch kranke Mitbürgerinnen und Mitbürger, wohnungslos oder nicht, zu betreiben. Dies fällt in den Aufgabenbereich des Bezirks Oberbayern.

Die Stadtkämmerei stimmt daher der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln zur Bezuschussung des „kbo-Sozialpsychiatrischen Zentrums gGmbH“ für den Betrieb der Clearing-Einrichtung in der Implersstraße 51 nicht zu. Des weiteren wird die Finanzierung aus dem Finanzmittelbestand für das zusätzliche beantragte städtische Personal im Bereich der Hausverwaltung bzw. des Hausmeisterdienstes abgelehnt.

In Ziffer 3 des Referentinnenvortrags, Unterpunkt Langfristige Ziele der Umstrukturierung, ist von einer langfristigen Kostenersparnis durch die geplante Strukturänderung die Rede. Sollte sich dieser Nutzen in Euro beziffern lassen, bitten wir darum, die Nutzentabelle (siehe: Finanzhandbuch → Finanzierungsbeschluss → Tabelle Transparenz für finanzielle Auswirkung von Beschlüssen) noch in den Beschlusstext einzuarbeiten bzw. kurz auf einen nicht durch Indikatoren oder sonstige Kennzahlen messbaren Nutzen einzugehen.“

Das Personal- und Organisationsreferat teilt zur Vorlage Folgendes mit:

„Der Stadtrat soll über die Zuschaltung von Stellenkapazitäten im Amt für Wohnen und Migration und zwar über:

- 1 (VZÄ) Stelle für eine/n Hausverwalter/in in VGr. IVb bzw. EGr. 9 TVöD
- 1 (VZÄ) Stelle für eine/n Hausmeister/in in LGr. 4/4a bzw. EGr. 4 TVöD

entscheiden und zur Finanzierung dieser Stellenkapazitäten die Bereitstellung zentraler Mittel genehmigen. Darüber hinaus soll er der Bezuschussung eines freien Trägers bzgl. des Einsatzes von 3 psychiatrisch ausgebildeten Fachkräften in EGr. S 12 TVöD zustimmen.

Für die geltend gemachte Verdopplung des Personals im Bereich der Hausverwaltung fehlt eine sachliche Begründung im Beschlussvortrag, weshalb von Seiten des Personal- und Organisationsreferates hierzu keine Zustimmung erteilt werden kann.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass grundsätzlich der Bezirk Oberbayern für psychisch kranke Menschen (im Rahmen der Eingliederungshilfe) gemäß § 97 SGB XII zuständig ist.“

Zu den beiden Stellungnahmen führt das Sozialreferat Folgendes aus:

Unabhängig von der subjektiv gegebenen Zuständigkeit des Bezirks Oberbayern für die Schaffung und den Betrieb von Wohnformen für psychisch kranke Menschen, hat die Landeshauptstadt München die ordnungsrechtliche Unterbringungspflicht für wohnungslose Menschen und somit auch für das Klientel, bei dem gleichzeitig eine psychische Erkrankung und ein komplexer sozialer Hilfebedarf gegeben ist. Es gehört also zu den Pflichtauf-

gaben der Landeshauptstadt, die Unterbringung der aus den Kliniken entlassenen wohnungslosen Personen sicherzustellen.

Das wohnungslose, psychisch kranke Klientel wird nach Entlassung aus der Klinik vom Amt für Wohnen und Migration in das städtischen Sofortunterbringungssystem eingewiesen, je nachdem wo gerade Platz ist. Im städtischen Sofortunterbringungssystem ist dieses Klientel konzentriert, jedoch nicht richtig untergebracht und stellt das vorhandene Personal aufgrund der psychischen Erkrankung vor eine schwierige belastende Aufgabe. Für diese Pflichtaufgabe der Betreuung von Wohnungslosen mit chronischen psychischen Erkrankungen erfolgt vor allem eine Entlastung der Kolleginnen und Kollegen, die mit diesen besonderen Anforderungen, die weit über die übliche Grundversorgung hinausgehen, erheblich überlastet sind.

Auch die im Juli 2014 veröffentlichte SEEWOLF-Studie hat gezeigt, dass die Wohnungslöshilfe den vielfältigen Bedürfnissen einer sich wandelnden Klientel gerecht werden muss.

Nach der vorgelegten Konzeptidee werden die Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen und Hilfebedarf in unterschiedlicher Ausprägung passgenaue und qualifizierte Hilfe- und Weitervermittlungsangebote, z.B. in das psychiatrische Hilfesystem mit den stationären bezirksfinanzierten Einrichtungen der Verbände, erhalten. Die derzeit bestehenden Strukturen lassen diese Weichenstellung nicht zu.

Das Notquartier Implerstraße benötigt für diese spezielle und geplante zügige Weitervermittlung sozialpsychiatrisch ausgebildete Fachkräfte. Diese Fachkräfte sollen den städtischen Psychiater unterstützen bzw. entlasten und das Weitervermittlungsmanagement begleiten. Mit dem „kbo-Sozialpsychiatrische Zentrum“ steht ein Träger zur Verfügung, der mit seinen Kräften auch Leistungen im ambulanten Bereich anbietet.

Mit der vorliegenden Konzeptidee wird sich eine erhebliche Steigerung der Fluktuation ergeben, die Belegungszahlen erhöhen sich und Aufenthaltszeiten werden sich verkürzen. Mit einem häufigeren Wechsel des Klientels sind mehr Auszüge und Zimmerrenovierungen erforderlich.

Die Arbeit im normalen Notquartier stellt hohe Anforderungen an das Personal der Hausverwaltung. Für das Hausverwaltungspersonal ist bereits jetzt die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Die Erfahrungen mit dem psychisch kranken Menschen zeigen, dass es vermehrt zu Konflikten aufgrund von Anspruchshaltungen der Menschen kommen kann. Die Hausverwaltung wird mehr Konflikte klären und Schlichtungsversuche einleiten müssen. Mit einer Bündelung der zusätzlichen Aufgaben im Notquartier Implerstraße über das normale Maß hinaus, ist zu erwarten, dass dies mit der vorhandenen Ausstattung nicht mehr zu bewältigen ist. Für einen schnellen und reibungslosen Ablauf ist die beantragte Verstärkung der Hausverwaltung dringend erforderlich.

Im Rahmen einer externen Evaluation wird das Projekt ab Beginn im Zeitraum eines Jahres überprüft und gemäß den Erfahrungen in der Praxis fortgeschrieben. Diese Begleituntersuchung wird mit der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Technischen Universität München, Klinikum rechts der Isar, unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Bäuml, angelehnt an die SEEWOLF-Studie durchgeführt.

Parallel dazu befasst sich eine trägerübergreifende Expertengruppe beim Bezirk Oberbayern auch mit Beteiligung des Sozialreferates/Amt für Wohnen und Migration mit dem weiteren Vorgehen bei der Akutunterbringung psychisch kranker Menschen. Dieser Weg mit dem Bezirk Oberbayern wird noch eine geraume Zeit andauern.

Die aktuelle Bedarfslage erfordert, das Versorgungsangebot für psychisch kranke wohnungslose Menschen in einem ersten Schritt sofort nachhaltig zu verändern. Das Notquartier Implerstraße ist als Modellprojekt für den bestehenden Bedarf eine schnelle, zügige Lösung, qualitativ und quantitativ die wünschenswerten Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuung ab sofort umzusetzen.

Für den Start des Projektes ist mit dem vorhandenen Notquartier bereits ein Objekt vorhanden, weitere Investitionskosten sind nicht erforderlich.

Das bereits bestehende Personal wird eingebunden und muss nur verstärkt werden im beantragten Umfang. Es kann mit den erforderlichen Stellenausweitungen bzw. zusätzlichen Stellen für die sozialpsychiatrisch ausgebildeten Fachkräfte sofort eine durchaus akzeptable Ergebnisverbesserung erreicht werden. Ein Sicherheitsdienst besteht ebenfalls schon. Mit der gezielten und zügigen Weitervermittlung dieser oft chronisch kranken Menschen in die geeigneten bezirksfinanzierten Einrichtungen werden im städtischen Sofortunterbringungssystem einerseits lange Aufenthaltszeiten vermieden und andererseits freie Plätze für dringende Unterbringungen geschaffen. Die Platzkapazitäten werden dadurch effektiv und kosteneffizient genutzt.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Offman, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle, dem Personal- und Organisationsreferat, dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit, dem Vorsitzenden und den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern des Bezirksausschusses des 6. Stadtbezirkes ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag der Referentin**

1. Der Zuschaltung des zusätzlich erforderlichen Personalbedarfs im Notquartier (NQ) Implerstraße zur Umstrukturierung als Clearingeinrichtung für aus psychischen Gründen Hilfebedürftige wird zugestimmt. Das Produktkostenbudget des Produkts 60 4.1.4 erhöht sich insgesamt um 119.730,- €. Der Betrag ist in voller Höhe zahlungswirksam.

2. Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, im Benehmen mit dem Sozialreferat die zusätzlichen erforderlichen 2 Stellen (1 Hausverwaltung, 1 Hausmeister) für die Umstrukturierung als Clearingeinrichtung Produkt 60 4.1.4 zum 01.10.2014 einzurichten und die Stellenbesetzung in die Wege zu leiten.

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. bis zu 109.950,-- € entsprechend der tatsächlichen Besetzung bei den Ansätzen der Personalauszahlungen für das Haushaltsjahr 2014 einmalig auf dem Büroweg bzw. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2015 bei den Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich des Sozialreferates, Amt für Wohnen und Migration, Kostenstelle 20322110, Unterabschnitt 4356 zusätzlich dauerhaft anzumelden.

3. Sachkosten

Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen dauerhaften und einmaligen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzkosten für die Jahre 2014 anteilig – Ausnahme: Ersteinrichtungskosten – (7.185,-- €) und 2015 ff. (9.780,-- €) auf dem Büroweg bei der Stadtkämmerei HA II zu beantragen bzw. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung zusätzlich anzumelden (lfd. Arbeitsplatzkosten in 2014 400,-- € und 2015 ff. 1.600,-- €: Finanzposition 4356.650.0000.4; IT-Mittel in 2014 2.045.- €: Finanzposition 4000.602.7000.8; Erstausrüstung in 2014 4.740,-- €: Finanzposition 4356.935.9330.1 Die zahlungswirksame Erhöhung der IT-Mittel dient dem Rechnungsausgleich für bezogene IT-Leistungen an it@M.

4. Dem Zuschuss für das Sozialpsychiatrische Zentrum wird zugestimmt. Das Produktkostenbudget für das Produkt 60 4.1.5.1 erhöht sich dauerhaft ab 2015 um 177.000,-- Euro.
5. Das Sozialreferat wird beauftragt, die 2014 einmalig erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 47.750,- Euro durch Umschichtung aus eigenen Budgetmitteln zu finanzieren und die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 177.000,- Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2015 bei Produkt 60 4.1.5.1, Finanzposition 4350.700.0000.3, Innenauftrag 603900154 zusätzlich anzumelden.
6. Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Finanzierungsmoratorium. Hinsichtlich der geplanten Neuausrichtung des Notquartiers Implerstraße als Clearingeinrichtung für psychisch kranke wohnungslose Frauen und Männer ab Oktober 2014 ist der Bedarf an personeller Ausstattung notwendig und dringend gegeben. Eine sofortige Beschlussbehandlung in der nächsten Vollversammlung ist aus den dargelegten Gründen erforderlich.
7. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

### **III. Beschluss**

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl  
Bürgermeisterin

Brigitte Meier  
Berufsm. Stadträtin

### **IV. Abdruck von I. mit III.**

über den Stenographischen Sitzungsdienst  
**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/11**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/12**  
**an das Revisionsamt**  
z.K.

### **V. Wv. Sozialreferat**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Sozialreferat, S-III-M**  
**An die Frauengleichstellungsstelle**  
**An das Personal- und Organisationsreferat**  
**An das Sozialreferat, S-Z-F (2 x)**  
**An das Sozialreferat, S-Z-P/LG**  
**An das Sozialreferat, S-Z-dIKA**  
**An den Vorsitzenden und die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher des Bezirksausschusses des 6. Stadtbezirkes (8-fach)**  
z.K.

Am  
I.A.